

Streik ist Notwehr: Blauschwarz schießt scharf!

Die Regierung trat im Sommerloch eine Diskussion über Erhöhungen beim Spitzensteuersatz und die Einführung einer Stiftungsbesteuerung los. Am Ende der Diskussion stand – wie nicht anders zu erwarten – eine Rücknahme dieser Pläne und ein neues Sparpaket, das treffsicher die sozial Schwächsten trifft. Ein Schelm, wer hier betrügerische Absicht unterstellt.

HARALD MAHRER
SLP WIEN NORD

Anspruch auf 5352 ÖS Arbeitslosengeld hatte 605,60 ÖS oder 11,3% verliert.

Die Maßnahmen gegen Arbeitslose bedeuten den größten Griff in die Geldbörsen sozial Schwacher in der Zweiten Republik. Die Einführung der 4-wöchigen Wartefrist bis zur Auszahlung des Arbeitslosengeldes bei einvernehmlicher Lösung von Dienstverhältnissen bzw. beim Auslaufen befristeter Dienstverhältnisse, kostet die Betroffenen ein ganzes Monatsgehalt. Für Menschen, die in saisonabhängigen Branchen (Bau, Fremdenverkehr) arbeiten, sind diese Maßnahmen existenzbedrohend.

SOZIAL GERECHT IST, WENN ALLE NICHTS BEKOMMEN

Als wäre das noch nicht genug, wird das Arbeitslosengeld auch noch bei 75% des Letztbezugs "gedeckelt". Darüber hinaus werden die Kinderzuschläge gekürzt. Mittels Rechenbeispielen stellt Wirtschaftsminister Bartenstein sein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zur Schau. Eine Teilzeitbeschäftigte mit drei Kindern und einem Nettogehalt von 4941 ÖS verliert nach der neuen Regelung sechshundert Schilling Arbeitslosengeld. Gerecht daran ist laut Bartenstein, dass sie jetzt in der Arbeitslosen nicht mehr mehr rausbekommt, als in ihrem Beschäftigungsverhältnis. Blauschwarze Gerechtigkeit, dass jemand der bis jetzt

FRAUEN SIND ENTWEDER VERHEIRATETE MÜTTER, ODER SIE SIND NICHT

Die Streichung der Mitversicherung für kinderlose PartnerInnen, die über kein eigenes Einkommen verfügen, offenbart das Weltbild von Khol & Co. Erstens gehen sie davon aus, dass Männer nicht bei Frauen mitversichert sein können, anders lässt sich, die Kategorie "Mutter", als Anspruchsberechtigung für eine Krankenversicherung wohl kaum interpretieren. Zweitens wird Frauen mitgeteilt, dass sie entweder arbeiten oder Kinder haben sollen. Kombiniert mit den Verschlechterungen bei den Arbeitslosen, die Frauen überproportional treffen, ist die Aussage noch eindeutiger. Frauen sind eigentlich nur als Mütter erwünscht. Aber auch Mütter sind nicht gleich Mütter, denn ohne Mann an ihrer Seite werden sie ebenfalls bestraft. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld treffen alleinerziehende Mütter am stärksten, von allen Betroffenen.

SUPERREICHE UND KONZERNE ZAHLEN NICHTS

Es heisst immer, es gäbe viel zu wenige Superreiche, um damit das Budget zu sanieren. Tatsache ist aber, dass zehn Prozent der Bevölkerung über 50% des gesamten Vermögens verfügen. Tatsache

ist auch, dass in nur 1600 Stiftungen über 600 Milliarden liegen. Tatsache ist auch, dass die Besteuerung der Stiftungen nun zwar eingeführt wird, aber de facto niemand davon betroffen ist. Tatsache ist auch, dass Konzerne trotz Rekordgewinnen oft weniger als 1% ihrer Gewinne an Steuern zahlen. Kaum ein Unternehmen zahlt auch nur annähernd den vollen – ohnehin im europäischen Vergleich extrem niedrigen – Gewinnsteuersatz. Es ist einfach gelogen, dass bei Reichen und Konzernen nichts zu holen sei. Hätte Österreich die selbe Höhe bei Gewinn- und Vermögenssteuern wie Finnland, wäre das Budget bereits ausgeglichen, wären die Niederlande das Beispiel, wären sogar 17 Milliarden Überschuss im Staatshaushalt. Tatsache ist weiters, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen seit 1980 von 72,6% auf 67,4% gefallen ist und trotzdem der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen seit 1989 von 15,5% auf 17,4% gestiegen ist. Anders gesagt: Die Profite steigen, die Löhne und Gehälter bleiben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück (siehe Grafiken). Der Staatshaushalt wird immer stärker von ArbeitnehmerInnen finanziert, während gleichzeitig die Leistungen für diese Menschen mit unzähligen Sparpaketen gekürzt werden.

SOLIDARITÄT UND WIDERSTAND GEGEN DROHUNGEN UND HETZE

In blauschwarzer Selbstherrlichkeit wird jeder/m gedroht, die/der es wagt sich gegen die Angriffe zur Wehr zu setzen. DemonstrantInnen werden mit Strafver-



fügungen eingedeckt, der Arbeiterkammer wird die Kürzung der Mittel angedroht. KritikerInnen und kritische Medien müssen jedes Wort auf die Goldwaage legen, droht ihnen doch jederzeit eine Klage, die existenzbedrohend sein kann. Die Regierung kann hingegen ungestraft die unglaublichsten Lügen verbreiten, dass DemonstrantInnen bezahlt würden, zum Beispiel, schließlich lebt es sich bequem in parlamentarischer Immunität. Die Sozialistische Linkspartei-SLP hat seit der Machtübernahme von Blauschwarz erklärt, dass nur Streiks diese Regierung stoppen können. Jetzt besteht die Chance, eine Bewegung der Solidarität gegen die blauschwarzen Raubritter und ihre Spaltungspolitik auf die Beine zu stellen. Wenn der ÖGB sich selbst beim Wort nimmt, kann eine Streikwelle aufgebaut werden, die nicht nur die Angriffe abwehrt, sondern die Regierung aus dem Amt jagt. Dazu ist notwendig, die Kampfmaßnahmen der Einzelgewerkschaften und die Kämpfe der Jugend zu einem gemeinsamen Kampf zu verbinden. Bis jetzt redet der ÖGB nur, es müssen Taten folgen. Es ist höchste Zeit für Massenstreik – auf den Unis, in den Schulen, in den Ämtern und in den

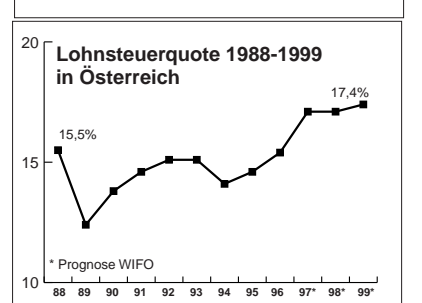
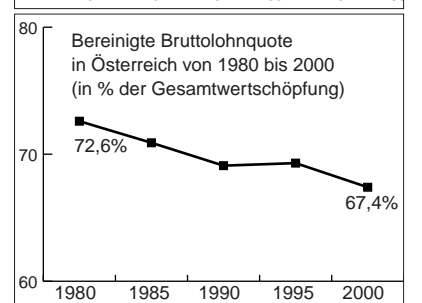
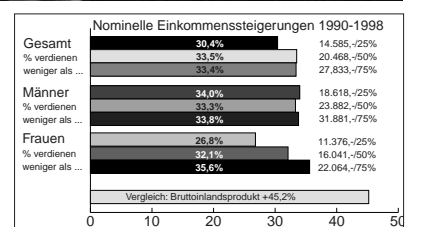


Abb 1. Löhne und Gehälter bleiben hinter dem Wirtschaftswachstum zurück.
Abb. 2&3: Lohnquote sinkt, Lohnsteuerquote steigt

SPÖ schießt nach rechts

Es kam nach dem Antritt Gusenbauers in der SPÖ zu keinem Linksruck. Welch Wunder! Im Gegenteil: Rechtsbinker Schlögl zeichnet mit FPÖ-freundlichen Gesten parteiinternen Zulauf, eine "Parteilinke" mit echten Alternativkonzepten ist nirgends auszumachen. Statt konsequenter Opposition gibt es eine weitere Anbiederung an die FPÖ. Doch echte Opposition durfte man sich von der SPÖ sowieso nicht erwarten. Sie betrieb genauso Sozialabbau und eine rassistische Politik, sie war längst das Werkzeug des großen Geldes und nicht mehr Vertreterin ihrer Basis. Was von der einstigen ArbeiterInnenpartei übrigbleibt, analysiert Ken Horvath.

Rechte in Europa

In ganz Europa steht Rechtsextremismus wieder auf der Tagesordnung. Was kennzeichnet ihre Ideologie? Welche Ursachen gibt es für den Aufstieg von Parteien wie Front National, FPÖ und Co.? Und wie können wir sie stoppen? Das Problem liegt tiefer, als uns diverse bürgerliche Weise einreden möchten. Moralische Appelle bei Sonntagsreden von Politikern sind umsonst. Der Schlüssel zum Sieg über die Rechten liegt vor allem im Kampf gegen die Ursachen ihrer Stärke. Und diese Ursachen liegen wiederum in der Gesellschaft selbst. Was das für uns konkret bedeutet, dem ist der Schwerpunkt dieses VORWÄRTS gewidmet.

Demokratie in YU?

Die westlichen Medien feiern den oppositionellen Wahlsieger Kostunica. Doch um "Demokratie" und "Freiheit" geht es den Kapitalisten im Ausland nicht. Die vom Westen bezahlte "Opposition" ist schlicht und ergreifend das wirksamere Instrument, die Region völlig den imperialistischen Staaten unterzuordnen. Auf der anderen Seite steht Milosevic. Er ist beileibe kein Linker und Kämpfer für die Interessen der serbischen Massen. Seine herrschende Clique will die Macht nur nicht freiwillig abtreten. Über all das und die bitter nötige echte Opposition zu den Herrschenden schreibt Michael Gehmacher auf

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



SONJA GRUSCH, SLP-BUNDESSPRECHERIN

Der Vorsitzende der Gewerkschaft HYPD, Rudolf Kaske, erregt die Gemüter. Seine Reaktion auf die Kürzungspläne der Regierung bezüglich des Arbeitslosengeldes: "Wenn dieses Arbeitslosenheer einmal marschiert, dann brennt die Republik". Seither herrscht in Österreich endgültig eine verkehrte Welt. Die FPÖ, seit Jahren für markige Sprüche bekannt, ergeht sich in empörten Aufrufen. Westenthaler, nach Haider wohl Österreichs Brandstifter Nr. 2, will sich schützend vor die Demokratie stellen, Riess Passer schließt sich dem völlig verzerrten Geschichtsbild der ÖVP an und unterstellt der Gewerkschaft, für den Faschismus verantwortlich zu sein. Vergessen ist die Bücher füllende Anzahl von widerlichen Aussprüchen von FPÖ-Politikern – zur "ordentlichen Beschäftigungspolitik", zu "anständigen" SS'lern, zu "Unsere Ehre heißt Treue". Vergessen ist auch, dass die Austrofaschisten – die Vorgänger der heutigen ÖVP – in den 20er und 30er Jahren ArbeiterInnen, Kinder und Kriegsinvaliden ermordeten. Worum es hier geht, ist die inzwischen "Sanktions"-bewährte Ablenkungstaktik wieder zum Einsatz zu bringen.

Von echten und falschen Brandstiftern

Denn die wahren Brandstifter sitzen woanders – in der Regierung. Die FPÖ legt mit ihrer rassistischen Politik seit Jahren die Basis für Übergriffe auf AusländerInnen und die blau-schwarze Regierung setzt den Sozialstaat in Brand. Bildungs- und Gesundheitswesen werden in Schutt und Asche gelegt, das Pensionssystem steht in Flammen, die Arbeitslosenversicherung kocht nur mehr auf Sparflamme. Aber auch das ohnehin kleine Flämmchen der Demokratie soll nun im Keim erstickt werden. "Die Demonstrationen gegen die Regierung kosten zu viel Geld" – so der Grundtenor. Ganz abgesehen davon, dass der jetzige Bundeskanzler Schüssel 1995 erklärte, dass Demokratie auch etwas kosten können muß, zeigt dieser Angriff auf die Donnerstagsdemonstrationen, wo die angeblichen FPÖ und ÖVP-Demokraten tatsächlich stehen. In den Traditionen der ständestaatlichen Diktatur von 1933-38. Demonstrieren ist nicht nur ein Recht, sondern angesichts der Regierungspolitik eine Pflicht. Und wir sind unverschämt – es reicht uns nicht, unseren Unmut nur auf Demonstrationen zu zeigen. Wir wollen nicht nur das Ende dieser Regierung und ihrer Politik, sondern wir wollen echte Demokratie. Wo nicht Profite zählen, sondern Menschen. Wo nicht eine kleine Elite entscheidet, sondern wir alle. Blauschwarz hat an der Gewerkschaftsbasis Wut erzeugt. Eine Wut, die Druck auf die Gewerkschaftsführung erzeugt hat, und sich in der Aussage von Kaske entladen hat. 80% haben im Öffentlichen Dienst für Streik gestimmt. Da reicht es nicht mehr, über Generalstreik nur "nachzudenken" (Verzetsnisch). Da geht es nun darum, konkrete Schritte zu setzen, um der Regierung tatsächlich Feuer unterm Arsch zu machen und den Teufel in die Hölle zurückzutreiben.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!

Du hältst momentan das aktuelle "Vorwärts" in Deinen Händen. Vorne steht drauf "Sozialistisch - Antifaschistisch - International". Das unterscheidet "Vorwärts" von vielen anderen Medien - Vorwärts nimmt einen Standpunkt ein. Im "Vorwärts" schreiben SLP-Mitglieder, die direkt in Bewegungen involviert sind, die versuchen, eine Perspektive für ihre Situation und für ihre Bewegung zu entwickeln - und somit oft auch für Deine Situation - und die Theorie mit Praxis verbinden. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war die Anhebung des Posttarifs für Zeitungen, der um so höher ausfällt, je kleiner die Zahl der ausgesetzten Zeitungen ist. Darum brauchen wir mehr AbonnentInnen. Darum: Wenn Dir Vorwärts gefällt, dann nütze die beigelegte "Abokarte" oder zahle den Preis (Normalabo 250,-/Jahr; Sozial 140,-

/Jahr) auf unser Konto PSK 8812.733 ein (Verwendungszweck: Abo).

Philipp Fleischmann

WAHLKAMPFONDS
Ziel ÖS 15.000,-

PSK 8812.733

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U

Die SPÖ und ihre "Abgrenzung" zur FPÖ

Sozialdemokrat im blauen Outfit

Noch vor einem Monat Bewerber ums Purkersdorfer Bürgermeisteramt, strebt Karl Schlögl jetzt nach Höherem. Mit 5. Oktober ist er niederösterreichischer Landeshauptmannstellvertreter. Und mit ihm erhält auch sein Annäherungskurs an die FPÖ wieder Aufwind.

**KEN HORVATH
SLP WIEN NORD**

Als im Frühjahr Gusenbauer zum SP Parteivorsitzenden gewählt und Schlögl nur sein Vize wurde, war von einer Richtungsentscheidung die Rede gewe-

Veröffentlichung des "Weisenberichts" forderte, die SPÖ solle ihre Haltung zur FPÖ überdenken. Auch wenn Gusenbauer sofort meinte, dass "zur FPÖ keine Brücken gebaut" würden, lag Kostelka doch einigermaßen daneben, als er behauptete, niemand in der SPÖ wolle



**Rechts-
verbinder
Schlögl soll FP-
Option offen-
halten.**

sen. "Red Fred" sollte die Partei auf die Oppositionsrolle einspielen und gleichzeitig die vermeintliche Abgrenzung zur FPÖ sicherstellen. Dementsprechend vehement waren die Reaktionen, als Schlögl nach

die Haltung zur FPÖ überdenken. Der Kärntner Parteichef Peter Ambrozy stellte sich hinter Schlögl und sprach sich für ein "entkrampfteres Verhältnis mit Teilen der FPÖ" aus. Niederösterreichs FSG-Chef Josef

Staudinger kritisierte an Schlögl's Aussagen bloß den Zeitpunkt und die "fehlende Koordination in der Bundespartei". Und auch vom noch-burgenländischen Landeshauptmann Stix kamen wohlwollende Worte. Dass Schlögl nun Landeshauptmann-Stellvertreter wird und sich gegen den bisherigen SP-Landeschef Hannes Bauer durchsetzen konnte, zeigt seinen Rückhalt in der Partei. In einer SPÖ, die sich außerhalb der Regierung nach wie vor schwer tut, öffnet sich ein Feld, um diesen Rückhalt geltend zu machen. Neue Umfragen geben der SPÖ 29% - gleich auf mit der ÖVP. Was nicht wirklich auf erfolgreiche Oppositionsarbeit schließen lässt. Selbst Klubobmann Kostelka kann als Beispiel für die SP-Opportunistenarbeit einzig den von Schüssel aufgegriffenen Vorschlag des Heizkostenzuschlags nennen. Wie es mit der SPÖ intern weiter geht, muss als ungewiss gelten. Die Unzufriedenheit mit Gusenbauer findet immer wieder Ausdruck, nach außen wird zur Zeit vor allem Einheit beteuert - inhaltlich wird kaum etwas transportiert. Dass eine Orientierung auf die FPÖ der Sozialdemokratie aus der Krise hilft, darf allerdings bezweifelt werden. Zuletzt war Viktor Klima im Jänner blamiert worden, als Haider Geheimgespräche zwischen SPÖ und FPÖ publik machte. So wird es wohl auch weiter dabei bleiben, wie schon der Kurier am 14. September urteilte: "Bei der FP-Option war die SPÖ immer blauäugig" ...

Wer in Österreich Demonstranten bezahlt

80 Jahre Kärntner Volksabstimmung

Am 10. Oktober feiert Landeshauptman Haider den Verbleib „seines Kärnten“ bei Deutschösterreich nach der Volksabstimmung 1920. Aus einem Wunsch nach einem landesweiten Feiertags wurde zwar nichts, marschiert wird aber trotzdem. Auch der Widerstand wird ein Wochenende lang nach Klagenfurt kommen, nicht aber um den fragwürdigen Termin zu feiern, sondern um die Internationalen Widerstandstage abzuhalten.

**SASCHA PIRKER
SLP WIEN SÜD**

Der Ullrichsberg läßt grüßen. Der Hauptmann, ganz in seinem Element, scharft die um sich, die seiner Vorstellung von aufrichtigen Kärntnern wahrscheinlich am nächsten kommen. Heldenhafte deutschkärntner Abwehrkämpfer, welche die slowenischen Partisanen oft gleich zweimal in die Flucht geschlagen haben, einmal 1920 und dann 1945, und solche, die sich in deren Tradition sehen. Und dann wird aufmarschiert. Mit Fahnen, Trachten und allem was dazugehört. Voraussichtlich werden aber weniger kommen, als sich das Haider eigentlich gewünscht hat, denn leider ist das Finanzierungskonzept nicht aufgegangen. Der Mann, der sich - gut informiert und sachlich wie immer - lautstark über die angeblich durch die Sozialdemokratie bezahlten Anti-Regierungs-Demonstrationen empörte; dieser Mann hatte tatsächlich die Idee, Unternehmern 500,- - 600,- Schilling zukommen zu lassen, um ihren ArbeitnehmerInnen die Teilnahme an dem geplanten Festumzug zu ermöglichen! Ohne Erfolg. Nun drohte der Landeshauptmann sogar damit, 30 Millionen an Wirtschaftsförderung nicht

auszuzahlen, sollten sich die Unternehmen nicht bereit erklären, ihren Mitarbeiter frei zu geben. Wieder kein Glück für den Ex-Parteichef, der es normalerweise doch so gut versteht, Feste zu feiern und sich selbst zu inszenieren. Sei es bei seinem 50er oder dem Empfang einer Olympia-Medaillengewinnerin. Der Versuch, einen Landesfeiertag einzuführen ist eigentlich eine noble Geste in Zeiten des schwindenden Sozialsystems, in denen die Ladenöffnungszeiten fallen und bald kein Sonntag mehr heilig sein wird. Einen Feiertag für die arbeitende Bevölkerung einzurichten wäre eine gute Idee, aber bedenklich ist der Anlass: Der

10. Oktober, jener Tag, der wie kein anderer in der Kärntner Geschichte für Nationalismus, Deutschtümelei und damit für die Unterdrückung der slowenischen Minderheit steht! Doch es gibt Widerstand - so wird vom 26. bis zum 28. Oktober eine internationale Widerstandskonferenz parallel zu den offiziellen Feierlichkeiten in Klagenfurt stattfinden. Initiiert von der Initiative "Offenes Kärnten" wird es Vorträge und Kundgebungen geben. Die Freiheitliche Partei sieht durch diese Veranstaltung die Volksgruppenpolitik des Landes in Gefahr. Auch der Klagenfurter Bürgermeister war über eine erneute Aktion der Nestbeschmutzer erschüttert. Dennoch rühmt er sich seiner großzügigen Toleranz, die Widerstandskonferenz nicht zu verbieten. Auch Haider hat noch keine Schritte in Richtung Verbot gemacht. Danke Euer Gnaden!



**Lauter bezahlte
„Demonstranten“?
Wissen sie auch nicht,
woher „Unsere Ehre
heißt Treue“ kommt?**

ÖGB: Handeln statt verhandeln!

Im Jänner weigerte sich die FSG-Spitze, dem Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP zuzustimmen. Sie stand vor dem Problem, dass sie nicht mehr wußte, wie sie die geplanten Verschlechterungen ihren Mitgliedern verkaufen sollte. Trotzdem wurden mit diesem Schritt große Hoffnungen für viele Beschäftigte in die künftige Rolle des ÖGB gesetzt.

Sehr bald aber befand sich die Gewerkschaft in einem Dilemma. Sie war mit einer sehr konsequenten Regierung konfrontiert und ließ dem ersten Schritt keine weiteren folgen. Während sich die Rechtsregierung am Motto „speed kills“ orientiert hat, ihre Vorgangsweise selbst einen crash-Kurs nannte (A. Khol) und die Sozialpartnerschaft „aufgekündigt“ hat, setzte der ÖGB nach wie vor nur auf Verhandlungen und ließ permanenten Drohungen keine Aktivitäten folgen.

KNACKPUNKT PENSIONSREFORM

Als Knackpunkt erwies sich die Pensionsreform. Die Bundesregierung plante massive und überfallsartige Verschlechterungen im Pensionsrecht, obwohl die Altersarbeitslosigkeit in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist und viele ältere ArbeitnehmerInnen durch die Anhebung des Pensionsalters in die Langzeitarbeitslosigkeit gedrängt werden. Die von der FSG dominierten Gewerkschaften beteuerten immer wieder, sie werde die geplanten Pensionskürzungen nicht akzeptieren und drohte mit Protestmaßnahmen. Allerdings erschöpfte sich der Protest in Aktionen, die niemandem wirklich wehtaten. Ein erster Aktionstag Mitte Mai, bestand bloß im Verteilen von Flugzetteln. Bald wurde offensichtlich, dass man damit die Regierung nicht in die Knie gezwungen hatte. Doch statt gemeinsamen Mobilisierungen, ließ der ÖGB am folgenden Aktionstag am 28.6. die Eisen- und StraßenbahnerInnen alleine Kurzstreiks abhalten, die von der Bevölkerung zudem kaum wahrgenommen wurden.

Letztlich wurden die

Pensionsverschlechterungen, Anfang Juli, in verschärfter Form angenommen. Dies stellt eine weitere Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung dar. Das Durchpeitschen der Pensionsreform ohne nennenswerten Widerstand ermunterte die Regierung und das Kapital, die Sozialdemontage zu beschleunigen. Im Sommer lächelte die Vizekanzlerin in einer Plakatserie von den Wänden und kündigte an: „Wir lassen uns nicht bremsen“. Eine gefährliche Drohung.

ÖGB: KURSWECHSEL NOTWENDIG

Die sozialpartnerschaftliche Orientierung der FSG- und ÖGB-Spitze hat wieder in eine Niederlage geführt und muss daher aufgegeben werden. Die Regierung ist an Verhandlungen mit der Gewerkschaft nicht interessiert und die Unternehmer verfügen nun über eine Regierung, die ihre Forderungen noch radikaler, und nicht schaumgebremst, umsetzt. Es ist daher unerlässlich, dass die Gewerkschaften ihre langjährige Stellvertreterpolitik aufgeben und endlich ihre Mitglieder mobilisieren! Gewerkschaftspolitik kann sich nicht auf Verhandlungen am „grünen Tisch“ beschränken. Nur wenn die Mitglieder mobilisiert werden, kann dem Angriff von Unternehmern und Regierung auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen wirksam entgegengetreten werden.

TABU STREIK MUSS GEBROCHEN WERDEN

Mit dem bisherigen Selbstverständnis der Gewerkschaften, die ihren Erfolg daran messen, wie wenig gestreikt wird, kann die Demontage des Sozialstaats und des Arbeitsrechts nicht erfolgreich bekämpft

werden. Der Regierungswechsel bedeutet sicherlich einen Bruch und den Übergang von der zweiten zur dritten Republik. Dem muss auch von Seite der Gewerkschaft Rechnung getragen werden.

LOHNVERHANDLUNGEN

Gewerkschaftsfunktionäre, u.a. GPA-Vorsitzender Hans Sallmutter, haben angekündigt, dass die Belastungen der ArbeitnehmerInnen in den Lohnrunden berücksichtigt werden müssen. Nach dem Motto „wir holen uns von den Unternehmern, was uns die Regierung wegnimmt“ (Pensionskürzungen, Selbstbehalte, Abgaben- und Gebührenerhöhungen) soll ein hoher Lohnabschluss erzielt werden. Das ist einerseits eine durchaus berechnete Herangehensweise, weil ja parallel zu den Belastungen der ArbeitnehmerInnen die Wirtschaft entlastet wird (Urlaubsaliquotierung, Reduktion des Arbeitgeberbeitrages zur Unfallversicherung). Kritisch anzumerken ist dabei aber, dass alle ArbeitnehmerInnen in schwach organisierten Branchen davon nichts haben werden, weil die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft dort dementsprechend gering ist. Besser wäre es daher, wenn man gleich kämpferische Mobilisierungen durchgeführt hätte, um die Verschlechterungen überhaupt zu verhindern.

Aber selbst diese Ankündigung darf jetzt nicht ohne Folgen bleiben! Es muss eine konsequente Mobilisierung durchgeführt werden, um Verschlechterungen zu verhindern und hohe Lohnabschlüsse zu erhalten. Der Kapitalseite muss deutlich gemacht werden, dass die ArbeitnehmerInnen bereit sind, für die Erhaltung ihres Lebensstandards und gegen einen niedrigen Lohnabschluss, der eine Reallohnsenkung bedeutet, zu kämpfen.



Und was tut der ÖGB?

In den letzten Monaten sind die Gewerkschaften wieder ins Rampenlicht der öffentlichen Auseinandersetzung geraten. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die blauschwarze Regierung nicht eine Berufsgruppe und damit die jeweilige Fachgewerkschaft ins Visier nimmt. Bis heute ist die Gewerkschaft aber eine adäquate Antwort schuldig geblieben.

ALI KROPP
SLP WIEN SÜD

Im ersten Reflex gegen die Angriffe der blauschwarzen Regierung war oft das "böse" Wort "Streik" zu hören. Das Problem der ÖGB-Spitze war nur, dass sich die Regierung davon kaum beeindrucken ließ. Anstatt die Ankündigungen in die Tat umzusetzen, begann man, klein beizugeben. Jede Berufsgruppe verhandelte plötzlich alleine mit der Regierung, jeder versuchte, für sich das "Beste" herauszuholen. Das Ergebnis sind faule Kompromisse an allen Ecken und Enden.

Der letzte Vorstoß in diese Richtung kommt jetzt aus der Gewerkschaft HGPD (Hotel, Gastgewerbe und persönlicher Dienst). Durch die Ankündigung, den Saisonarbeitskräften zwei Monate pro Jahr das Arbeitslosengeld zu streichen, geriet diese schwer unter Druck. Stellt

sich die Frage: Was tun? Also stellte sich ihr Vorsitzende Rudolf Kaske vor die Medien und droht mit einer "brennenden Republik", falls das Heer der Arbeitslosen in Österreich ins Marschieren käme. Was Herr Kaske nicht hinzugefügt hat, ist, wie er sich das vorstellt. Denn bis heute hat der ÖGB noch keinen Finger gerührt, um die Beschäftigten gegen die asoziale Politik der Regierung ernsthaft zu mobilisieren. Ganz im Gegenteil: aus dem Streik der EisenbahnerInnen wurde eine einstündige "Fahrtunterbrechung" im Personenverkehr und der letzte Aktionstag zu einer Bitt-Procession. Es wird allmählich Zeit, dass die Gewerkschaft ernst macht und sich der Herausforderung stellt. Nur mittels Mobilisierung aller von den blauschwarzen Sparschweinereien Betroffenen kann der ÖGB jetzt den Fehdehandschuh der Regierung aufgreifen!

Zeitgleich zum fünfzigsten Jahrestag des „Oktoberstreiks“ befindet sich Österreich im Umbruch. Die 2. Republik ist zu Ende; eines ihrer wesentlichsten Elemente - die „Sozialpartnerschaft“ - wird zu Grabe getragen. Gleichzeitig ist mit der blau-schwarzen Regierung und der Bewegung dagegen „Streik“ erstmals wieder breit diskutiert worden.

AUS DER SLP-BROSCHÜRE ZUM OKTOBERSTREIK

Es scheint fast, als wäre die österreichische ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung aus einem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf geweckt worden. Die Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950 hat nicht nur die Durchsetzung des 4. Lohn-Preis-Abkommens ermöglicht, sondern stellt die endgültige Festschreibung der Ausrichtung der ÖGB-Politik dar. Der 1945 gegründete ÖGB stand von seiner ersten Stunde an klar auf dem Boden des Kapitalismus. Das bedeutete, dass die Klassengegensätze zwischen Unternehmern und ArbeiterInnenklasse praktisch negiert und die Propaganda von „wir sitzen alle im selben Boot“ verbreitet wurden. Die ÖGB-Führung agierte im Sinne des „Gesamtwohls“ und sah „Verantwortung gegenüber der Wirtschaft als Ganzem“. In dieser Logik ist kein Platz für Streiks. Die Sozialpartnerschaft entwickelte sich vom

Mittel zum Selbstzweck und letztlich zur Ideologie des ÖGB. Um sie durchzusetzen brauchte es die Niederschlagung des Oktoberstreiks durch die ÖGB-Führung, wüste anti-kommunistische Propaganda und Zugeständnisse von Unternehmerseite in den 50er und v.a. 60er Jahren. Diametral entgegengesetzt zur Festigung der Sozialpartnerschaft verläuft die Häufigkeit von Streiks die über die Jahrzehnte kontinuierlich abnahm. Gab es in den 50er und 60er Jahren noch zwischen 50 und 100 Streiks pro Jahr in verschiedenen Sparten der Wirtschaft, in den 70er Jahren einen Höhepunkt bei den „wildern“ also von der Gewerkschaft nicht unterstützten Streiks, so streikten in den 80er Jahren v.a. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, in den 90er Jahren gab es mehrere Jahre ganz ohne Streiks. Diese Entwicklung zeigt auch, wie lange es dauerte, bis sich die ablehnende Haltung der Gewerkschafts-Bürokratie durchsetzte bzw. daß es dagegen auch Widerstand - in Form „wilder“ Streiks -

gab. Das Ergebnis war, daß nun, wo selbst manche FunktionärInnen des ÖGB langsam erkennen, daß Streiks als Kampfmittel notwendig sind, diese Erfahrungen fehlen. Gerade weil in den vergangenen Jahrzehnten zwar immer wieder mit Streiks gedroht wurde, diese aber dann nicht zum Einsatz kamen, ist auch die Glaubwürdigkeit von Kampfansagen der Gewerkschaftsführung - nicht zuletzt bei der Regierung - auf einem Tiefpunkt.

Aber Umfragen unter Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern beweisen, daß diese keinesfalls auf dieses Kampfmittel verzichten wollen. Bei einer Umfrage der Chemiearbeitergewerkschaft sprachen sich nur 6% dagegen aus, daß die Gewerkschaft eine „kämpferische Vertretung“ sein sollte. Seit der Widerstandsbewegung gegen blau-schwarz ist „Streik“ zum „Allgemeingut“ geworden. Die SLP und ihre Vorgängerorganisation SOV hat in den vergangenen Jahren immer wieder betont wie wichtig es ist, daß sich die ArbeiterInnenklasse dieses Mittels nicht berauben läßt. Uns geht es nicht um den Streik um des Streiks willen, nicht immer und überall ist „Streik“ das einzige oder beste Mittel zur Durchsetzung von Interessen. Aber beim

Kampf für höhere Löhne, für bessere Sozialleistungen und Arbeitszeitverkürzung, gegen Verschlechterungen und gegen die Maßnahmen einer Regierung gehört Streik zu den wirkungsvollsten Mitteln. Ein Streik bleibt eben nicht auf Appelle und Bitten beschränkt, sondern trifft den jeweiligen Gegner dort, wo es ihm tatsächlich wehtut - in seiner Geldbörse. Um eine Regierung zu stürzen reicht es nicht, den Verkehr lahmzulegen, sondern es muß die Wirtschaft lahmgelegt werden.



Streiks sind aber auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer neuen, sozialistischen Gesellschaft. Im Arbeitskampf wird deutlich, wie gegensätzlich die Interessen sind und zu welchen Mitteln die Kapitalisten bereit sind zu greifen, um ihren Profit und ihre Macht zu erhalten (Lügen, Betrügen, Diffamierung, Polizei und Armee, Streikbrecher...). Die Erfindung der Putschlegende während des Oktoberstreiks 1950 ist hierfür geradezu ein Lehrstück. Die Erfahrungen, welche die ArbeiterInnenklasse in Streiks

Europas Rechtsextreme

In Italien steht der rechte Block um Medienzar Berlusconi bereits in den Startlöchern, um nach den kommenden Wahlen wieder eine rechte Regierung bilden zu können. In Ostdeutschland marschieren Faschisten auf den Strassen, gleichzeitig erringt die DVU einige lokale Wahlsiege. In Schweden werden AntifaschistInnen von Neonazis ermordet, und in Österreich tritt die FPÖ in die blauschwarze Koalitionsregierung ein. Im folgenden geht ALI KROPF den Ursachen für den Aufstieg des Rechtsextremismus auf die Spur.

Die erste Frage die sich stellt, ist, wie es überhaupt möglich sein kann, dass sich rechtsextremes Gedankengut in den Köpfen der Menschen festigt. Nun, wie wir heute wissen, wird der Mensch in seiner Entwicklung wesentlich von seinem jeweiligen Umfeld beeinflusst. Auf der einen Seite ist das das persönliche Umfeld wie Arbeitsplatz, Wohnbereich, soziale Stellung - sprich, der Lebensbereich. Daneben gibt es aber noch ein allgemeineres Umfeld: die gesellschaftliche Grundstruktur, also nach welchen Gesichtspunkten (Sozialismus od. Kapitalismus) die Gesellschaft aufgebaut und organisiert ist. Das ist deswegen wichtig, weil durch die Gesellschaftsform die Basis für das Zusammenleben und damit die "Erfahrungen" und "Bedrohungen" gelegt wird.

Im Kapitalismus ist eine davon die elementare soziale Unsicherheit, wie z.B. durch die Angst vor Arbeitsplatzverlust. Die "Ellbogentaktik" und damit Entsolidarisierung ist nur ein Resultat aus dieser Angst, selbst unterzugehen. Eine andere ist die Erfahrung der "Fremdbestimmung" der Lebensbedingungen. Krieg, Hunger- und Umweltkatastrophen etc. werden nicht als Resultat des eigenen Willen und Handelns aufgefasst. Es verbreitet sich vielmehr eine Resignation, da man/frau als einzelne/r nichts machen bzw. ändern kann. Daraus resultiert eine zunehmende Passivität und die Hoffnung, dass jemand anderer für einen die Probleme löst. Wir sehen also, dass wir für eine weitere ernsthafte Beschäftigung um eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht umhin können.

DER KAPITALISMUS

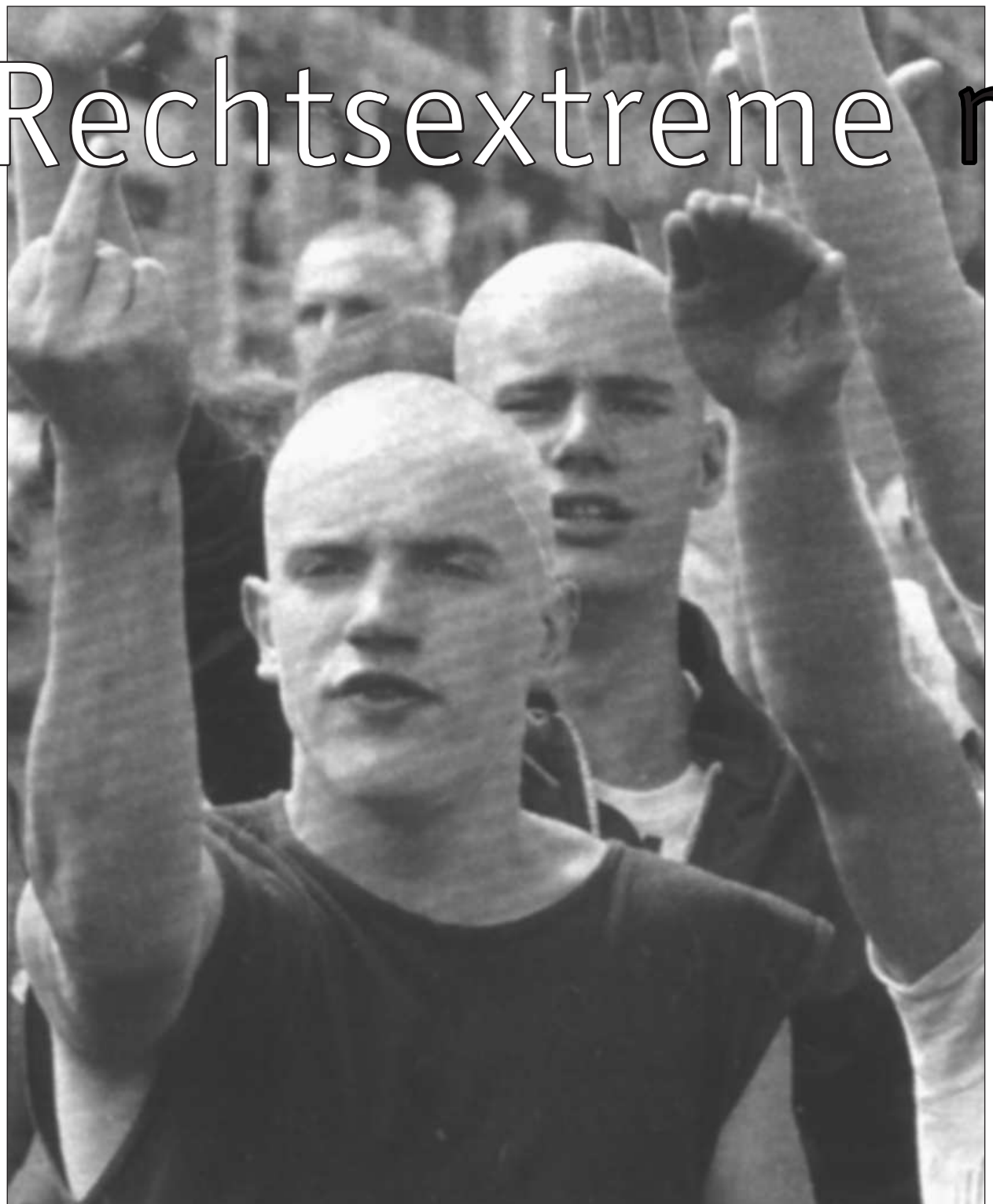
Was sind die Eckpfeiler der kapitalistischen Gesellschaftsform? Im Groben der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die freie Konkurrenz als treibende Kraft. Ersteres bedeutet nichts anderes, als dass Menschen von der Arbeit anderer Menschen leben. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass während die Einen möglichst hohen Lohn anstreben, um ihr Leben gestalten zu können, die Anderen möglichst wenig zahlen wollen, um ihren Gewinn nicht zu schmälern. Um in dieser Auseinandersetzung bestehen zu können und die tödliche Konkurrenz unter den Beschäftigten auszuschalten, bilden sich Gewerkschaften. Auf der anderen Seite entstehen für ein möglichst geeintes Vorgehen Unternehmerverbände (z.B. Industriellenvereinigung etc.). Die Frage nach der Lohnhöhe ist somit ein bestimmender Teil des kapitalistischen Systems und ein permanenter Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Diese Auseinandersetzung bildet die Grundlage für den sogenannten "Klassenkampf". Die freie Konkurrenz geht davon aus, dass die Güter und Waren auf einem Markt gehandelt werden. Auf diesem Markt setzen sich theoretisch mittel- und

langfristig nur die Besten durch. Die schlechten oder auch zu teuren Güter verschwinden, weil sie nicht gekauft werden. Daraus ergibt sich die "vorwärtstreibende" Kraft der freien Konkurrenz, die gerade in den letzten Jahren mit dem Neoliberalismus zum unantastbaren Idealbild stilisiert wird, die alle Lebensbereiche durchdringt. Was hat das alles jetzt mit Rechtsextremismus zu tun? Mehr als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

IDEOLOGIE DER RECHTEN

Auch die Ideologie der Rechten lässt sich im Wesentlichen auf 2 Bereiche zusammenfassen: dem Nationalismus und dem Biologismus. Der Nationalismus fußt auf dem Gedanken, dass jede Nation mit den anderen in einer Art Existenzkampf stünde. Die Nation wird dabei als neutral bzw. an sich wertfrei dargestellt und das nationale Ziel über alle anderen gestellt. Die Solidarität unter den Beschäftigten soll so zugunsten einer vorgetäuschten nationalen Einheit - in der alle an einem Strick ziehen müssen - aufgegeben werden. Und um den Druck auf den/die Einzelne/n noch weiter zu erhöhen, wird mittels Rassismus, Sexismus oder "Generationen-konflikt" ein weiterer Keil in die ArbeiterInnenschaft getrieben. Selbstredend, dass all jene, die sich nicht diesem "nationalen Konsens" anschließen, wie z.B. SozialistInnen, GewerkschafterInnen etc., zu "Staatsfeinden", "Nestbeschmutzern" oder "Volksschädlingen" ernannt werden. Gerade in den letzten Monaten war auch in Österreich viel in diese Richtung zu hören.

Der Biologismus bläst ins selbe Horn. Durch eine Verdrehung der Darwinschen Evolutionstheorie soll nachgewiesen werden, dass sich immer nur die Stärksten durchsetzen - also sowohl innerhalb der Gesellschaft, wie auch zwischen den Nationen. Daher kommt auch die Bezeichnung "Sozialdarwinismus" - eine Umlegung der biologischen Erkenntnisse des 19. Jahrhundert auf das menschliche Zusammenleben. Damit können sowohl eine "Herrenrassenideologie" aber auch kulturelle und soziale Ungerechtigkeiten legitimiert werden. Schließlich beweisen die Tüchtigen, Fleißigen und Leistungsstarken ihre Überlegenheit, indem sie sich gegen andere Konkurrenten durchsetzen. Es kommt also nicht von ungefähr, dass sich gerade rechtsextreme Parteien (wie die FPÖ) auf die Fahnen schreiben, die Vertretung der Fleißigen, Tüchtigen und Anständigen zu sein. Das politische Spektrum reicht dabei von liberalen über konservative und rechtsextreme Kräfte bis hin zu offen faschistischen. So leiten z.B. konservative Eliten ihre Vormachtstellung durch ihre Herkunft, Tradition und Geschichte ab und liberale über ihre außergewöhnliche Leistung, die es ihnen erlaubt sich über andere zu stellen. Die Stoßrichtung ist dieselbe, der Unterschied liegt in der Radikalität.



GEMEINSAMKEITEN

Suchen wir nun nach Gemeinsamkeiten, dann finden wir schnell viele Übereinstimmungen zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismus. Sowohl der Nationalismus wie der Biologismus als wesentliche Standbeine rechter Ideologie sind von dem Gedanken der Konkurrenz durchdrungen. Im "Existenzkampf der Nationen" gilt es sich gegen andere Nationen, im Sozialdarwinismus gegen andere Völker bzw. andere Menschen in einem Konkurrenzkampf durchzusetzen. Übrig bleibt der Stärkere bzw. das "bessere Produkt". Je stärker sich also eine Gesellschaft an den marktwirtschaftlichen Grundmuster orientiert, desto stärker wird sie in allen Lebensbereichen von der Konkurrenz durchdrungen. Wir sehen das an banalen Dingen wie z.B. am Arbeitsmarkt, wo es darum geht, dass sich der einzelne aufgrund seiner Qualifikation oder dergleichen gegen andere behaupten muss, um nicht selbst auf der Strecke zu bleiben.

Die "goldenen Jahre"

Nach dem 2. Weltkrieg gab es in weiten Teilen der Welt eine antikapitalistische Stimmung und Bewegungen. Auf der einen Seite war da die Befreiungsbewegung in der kolonialen Welt, wie in Vietnam, Korea oder China. Auf der anderen gab es aber auch einen großen antikapitalistischen Reflex in Europa. Italien, Griechenland und Jugoslawien wurden durch Partisanen vom Faschismus befreit. Und auch in Deutschland selbst wurde die Schuld am Weltkrieg von großen Teilen der Bevölkerung der kapitalistischen Gesellschaftsform zugeschrieben. So gab es z.B. in Hessen und Sachsen

Volksabstimmungen, wo sich rund 70% der Menschen für sofortige Sozialisierungsmaßnahmen aussprachen. Damit stand der Kapitalismus mit dem Rücken zur Wand. Dazu aus dem Ahlener Programm der CDU (konservative Partei Deutschlands) von 1947: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein." Dieser Umstand und der folgende Wirtschaftsaufschwung bis rund Mitte der 70er ermöglichte es für die Beschäftigten Zugeständnisse in Form von Reformen zu erreichen. Durch de facto Vollbeschäftigung und dem Ausbau des Sozialstaates verringerte sich die soziale Existenzgefährdung (z.B. durch Arbeitsplatzverlust) für weite Teile der ArbeitnehmerInnen. Die Konkurrenz als bestimmendes gesellschaftliches Ordnungselement wurde etwas in den Hintergrund gedrängt. Mit dem Abflauen des Wirtschaftswunders in den 70er Jahren verringerten sich aber auch die Spielräume innerhalb des Kapitalismus für eine offensive Sozialpolitik wieder.

DIE NEOLIBERALE OFFENSIVE

Die Diskussion um Lohn-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist spätestens seit den 80er Jahren von zwei Schlagwörtern geprägt: der Standortlogik und der Globalisierung. Beides bedeutet nichts

anderes, als dass um den jeweiligen Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden, bestmögliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen. Konkret hieß und heißt das heute, noch niedrigere Lohnabschlüsse und Sozialabbau. Zur gleichen Zeit ist die Massenarbeitslosigkeit wieder zur europäischen Normalität geworden. Millionen von Menschen in Europa sehen sich in ihrer sozialen Existenz bedroht. Gleichzeitig wird die Gesellschaft vollends der Profit- und Konkurrenzlogik untergeordnet. Dazu passt die Aussage Andreas Kohls (ÖVP) zu den Studiengebühren: "Was nichts kostet, ist nichts wert." Die Gewerkschaften haben sich ebenfalls weitgehend mit z.B. "Bündnissen für Arbeit" an der Zerschlagung des Sozialstaates beteiligt und bieten immer weniger Schutz für die Beschäftigten. Die Folge ist, dass der Druck auf die Menschen steigt; das Motto "jeder ist sich selbst der nächste" greift um sich.

In diese Zeit fällt jetzt auch der rapide Aufstieg rechtsextremer Parteien: der Republikaner, DVU und NPD in Deutschland, der FPÖ in Österreich, der FN in Frankreich und des MSI bzw. der Allianz Nationale in Italien. Es zeigt sich also ein tiefer Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Rechtsextremismus. Je stärker eine Gesellschaft in der kapitalistischen Logik verhaftet ist, desto stärker ist der Druck auf jede/n einzelne/n, und das wiederum ist der Nährboden auf dem Rechtsextremismus gedeihen kann, wenn gleichzeitig die Linke und Gewerkschaften es nicht schaffen, die ideologische Phalanx des Neoliberalismus mittels Solidarität zu durchbrechen.

Marschieren wieder!

Italiens A(lte) N(azis)?

Im Dezember 1946 wurde in Rom der MSI - der Movimento Sociale Italiano ("Italienische Soziale Bewegung") - gegründet, um das Erbe Mussolinis anzutreten. Auf dem Kongreß von Fiuggi im Jänner 1995 benannten sie sich in Alleanza Nazionale um. **MARIA HÖRTNER** mit einem Lokalausgensein.

MSI war seit ihrer Gründung eine verhältnismäßig kleine Partei, die bei ihren ersten Wahlen im Jahre 1948 nicht mehr als 2% schaffte - mit der Hilfe der Democrazia Cristiana und einer etwas gemäßigeren Politik verbreitete sich ihre Anhängerschaft immer mehr. Anfang der 70er Jahre kam dann mit Giorgio Almirante als Parteisekretär ein endgültiger Durchbruch: mit seinen Aussagen wie "Freiheit und Demokratie seien für den MSI erstrangig und unverzichtbare Werte" und seiner Forderung ein Präsidialsystem einzuführen, wurde gefordert, die Ausschlußpolitik gegenüber dem MSI zu beenden. Die Partei Almirantes bekannte sich nun zur faschistischen Tradition, kombiniert mit der Betonung des demokratischen Prinzips und des politischen Pluralismus. Diesen Kurs führte Gianfranco Fini, Almirantes Ziehsohn, der nach dessen Tod die Parteispitze übernahm, weiter. Mehr noch, er wurde sogar von Teilen der internationalen Presse als Exponent eines verfassungstreuen und demokratischen Konservatismus gesehen. 1994 führte er seine Partei in einen Wahlsieg von 13,5% (5,5% zwei Jahre zuvor).

Hauptursache dieses Erfolges war jedoch die Umwälzung des gesamten italienischen Parteiensystems infolge des Korruptionsskandals von Tangentopoli, wo führende Köpfe der jahrzehntlang regierenden Parteien sich wegen ihrer Machenschaften vor Gericht verantworten mußten und politisch erledigt waren. Nun nutzte ein neuer Politiker die Chance seine eigene Partei emporzubringen: Silvio Berlusconi mit seiner Firmen- und Fernsehpartei Forza Italia. Durch seinen Wunsch über die Linken zu siegen, war ihm jeder Bündnispartner recht: neben der rassistischen Lega Nord auch der neofaschistische MSI. So kam es, dass Berlusconi zwei separate Bündnisse schloß: im Norden mit der Lega zum Polo per la libertà, im Süden mit der Alleanza Nazionale (bereits umbenannt) zum Patto del buongoverno.

Während sich die AN immer mehr als demokratisch angehaucht ausgab, provozierte Fini gleichzeitig mit faschistischen Aussagen. "Ich lehne vom Faschismus das ab, was angeschimmelt ist: römische Grüße, schwarze Hemden, aber das Wort Faschismus macht mir keine Angst", ließ er einmal bei einem Kongreß verlautbaren. Weiters verkündete er, dass Mussolini für ihn "der größte Staatsmann des Jahrhunderts" sei. Auf der Programmkonferenz in Verona 1998 gab Fini eine neuerliche Provokation von sich; er stellte den Holocaust mit den von Partisanen vorgenommenen Hinrichtungen auf eine Stufe: "Und wir vergessen nicht jene Italiener, die nur weil sie Juden waren, in die Vernichtungslager deportiert wurden - wie wir auch diejenigen nicht vergessen, die liquidiert wurden, weil sie gegen den Kommunismus waren."

Die AN verfügt über einen schlagkräftigen Apparat und ist durchaus in der Lage, ihre Anhänger kurzfristig zu Massenaufmärschen zu mobilisieren. Politisch halten die Alleanza Nazionale jedenfalls an ihren alten Werten fest: die Überzeugung, dass es höhere und niedrigere Rassen gäbe, dass die Todesstrafe wieder einzuführen sei, dass Homosexuelle bestenfalls als krank gelten dürften - all das ist der Beweis ihrer Ideologie. Eine Befragung unter Delegierten des AN 1995 ergab, dass 69% ein positives Urteil gegenüber dem Faschismus abgaben: 7% gaben an, der Faschismus sei die beste aller möglichen Regierungsformen; für 62% war der Faschismus ein gutes Regime mit einigen diskutablen Entscheidungen; lediglich 0,2% lehnen den Faschismus als brutale Diktatur ab. 80,4% der Befragten hielten

Gianfranco Fini, Führer der Alleanza Nazionale: Brandstifter oder Biedermann?



Frankreich: FN verbannt Bücher aus Büchereien

Seit seiner Gründung ist die Front National/FN Sammelbecken für verschiedene Strömungen der extremen Rechten in Frankreich. Gemeinsamkeiten dieser Strömungen sind ein ausgeprägter Nationalismus, und daraus resultierend die gleichen Feindbilder. Zu diesen zählt die FN generell alles, wodurch er die "nationale Gemeinschaft" bedroht sieht, dazu, wie z.B. Marxismus, Liberalismus und ImmigrantInnen. **IRENE MÜLLER** auf Spurensuche.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten wäre es falsch, die FN als homogenen ideologischen Block zu definieren. Die Front National wurde 1972 durch Jean-Marie Le Pen neugegründet, und gilt als eine der erfolgreichsten rechtsextremen Parteien Europas. Mit etwa 75.000 Mitgliedern ist die FN zwar keine Massenpartei, stellt aber eine etablierte Größe im französischen Parteiensystem dar. Eigentlich beinhaltet er unterschiedliche politische Generationen. So waren die Gründer des Parteiapparates Anhänger der in den 30er Jahren agierenden faschistischen "Parti Populaire Français (PPF)". Andere Generationen verstehen sich in der Tradition des Vichyregimes, oder des Ende der 60er Jahre von Intellektuellen gegründeten Debattierclubs namens "GRECE". Letztere ist heute unter der Bezeichnung die "Neue Rechte" bekannt und lieferte der FN Mitte der 80er einige Kader. Die "Neue Rechte" - ein wesentlicher Bestandteil der FN - sieht die Lösung der sozialen und gesellschaftlichen Probleme in einer Gesellschaft, die in ihrer sozialen Hierarchie und eindeutig definierten Herrschaftselite der vorchristlichen Antike gleicht. Passend dazu propagiert die "Neue Rechte" den opferbereiten, sich gedankenlos in die herrschende Ordnung einfügenden Helden.

Auf wenige Worte gebracht, bestehen die ideologischen Grundpfeiler der FN aus Rassismus, einer Ablehnung der Globalisierung und einer an Gleichheit orientierten Politik. Natürlich werden aber auch klassisch reaktionäre Werte hochgehalten und propagiert. Gesellschaftliche Probleme, wie Kriminalität, Drogenmissbrauch und Gewalt werden mit einer "Verrohung der Sitten" und einem "Verlust der Werte" (Arbeit, Vaterland, Familie) erklärt.

Politisch umgesetzt bedeutet das eine massive Ausgrenzung von ImmigrantInnen zum Beispiel durch die sogenannte "nationale Bevorzugung" (Vergabe von günstigen Wohnungen, Arbeit, nur an franz. StaatsbürgerInnen). Aber auch vor Eingriffen in die Meinungsbildung macht die FN nicht halt. So lauten Anweisungen der Stadtverwaltung in Orange an Bibliotheksangestellte, dass nichts mehr gekauft werden könne was der jüdischen Kultur nahesteht, bzw. afrikanische Erzählungen etc.

NDP verbieten?

In diesem Sommer wurden acht Menschen durch Neonazis ermordet. Faschistische Gewalttaten sind in Deutschland an der Tagesordnung, allein im ersten Halbjahr 2000 wurden 5.223 rechtsextreme Straftaten registriert. Gleichzeitig vergeht kaum eine Woche, in der die NPD, Sammelbecken militanter Neofaschisten, keine Aufmärsche anmeldet. **LAURA RAFETSEDER** berichtet.

Die NPD zählt 6000 Mitglieder, Tendenz steigend. 1964 gegründet, war die NPD lange Zeit die Partei der Alt-Nazis mit Wahlerfolgen bis zu maximal 10 Prozent in den 60er Jahren. Dem Scheitern bei den Bundestagswahlen 1969 folgte ein Tief, aus dem die Partei sich erst mit Aufbau der "Jungen Nationaldemokraten" zur Kaderorganisation Anfang der 90er Jahre erholen konnte. Heute macht die NPD die wichtigste Anlaufstelle für "Stiefelfaschisten" aus.

Kennzeichnend für die Propaganda der NPD sind heute nicht mehr nur extremer, biologistisch begründeter Rassismus sowie autoritäre Staatsfixierung und Relativierung des historischen Faschismus, sondern antikapitalistische Propaganda von rechts. Vor allem im Osten setzen NPD und Kameradschaften zunehmend auf radikale Phrasen, die sich scheinbar gegen das Großkapital richten. Der "völkische Antikapitalismus" kombiniert bekannte Parolen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" mit aggressivem Protektionismus, der transnationale Konzerne und das globale Kapital angreift. Thematisiert werden weder Produktionsverhältnisse noch Eigentumsfrage, die soziale Frage wird lediglich für propagandistische Zwecke mißbraucht.

Besorgniserregend ist jedoch das rasche Mitgliederwachstum der NPD, die sich offen dazu bekennt, sich weniger auf die Wahlebene als auf die außerparlamentarische Verankerung in der rechten Szene zu konzentrieren. Die Ursachen sind hausgemacht: Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Restaurierung des Kapitalismus in Ostdeutschland setzten die Bürgerlichen in den 90er Jahren mehrmals auf die rassistische Karte, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Asylpolitik und Staatsrassismus schufen die Voraussetzungen, von denen der Aufschwung der Rechten jetzt profitiert. Ein entscheidender Faktor ist auch die Schwäche der Linken, der es nicht gelungen ist, der neoliberalen Offensive etwas entgegenzusetzen. Auch der Wahlerfolg der FPÖ gab der extremen Rechten in Deutschland Auftrieb. Wie widersprüchlich die Haltung des Kapitals zur rechten Szene ist, zeigt die Verbotsdiskussion. Eine Funktion von Faschisten ist es, Linke einzuschüchtern und ImmigrantInnen abzuschrecken. Ihr Ziel ist die Zerschlagung aller ArbeiterInnenorganisationen und die Errichtung einer Diktatur. Die Kapitalisten haben heute kein Interesse an einer faschistischen Massenbewegung. Dennoch hält der bürgerliche Staat die Faschisten bewußt am Leben, um sie bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe als Hilfstruppen des Kapitals benutzen zu können. Allerdings hat der Staatsapparat die Nazi-Szene nicht völlig unter Kontrolle. Darum geht er auch gegen sie vor, wenn sie ihm zu weit geht. Die Sorge des Kapitals richtet sich im Augenblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland, für den negative Auswirkungen der faschistischen Übergriffe befürchtet werden.

Wie ambivalent ein Verbot der NPD ist, zeigt, daß selbst ein Hilmar Kabas für ein Verbot ist, mit dem Zusatz, ebenso gegen linke Gruppen vorgehen zu müssen. Das zeigt, in welche Richtung die Vorstöße in Richtung Verbot gehen: Eine Aufrüstung des Staatsapparates wird sich letztlich gegen die Linke und die ArbeiterInnenbewegung richten, der Vormarsch der Rechten wird dadurch kaum gestoppt werden. Um dem Treiben der Nazis ein Ende zu bereiten, wird eine breite Mobilisierung notwendig sein. Der effektivste Schutz vor den Faschisten ist die unabhängige Organisation der arbeitenden Bevölkerung und der

Mit der EU gegen Rechts kämpfen?

Mit der "Aufhebung" der sogenannten "Sanktionen" geht ein Schauspiel zu Ende. Eines, das von der EU produziert und von der FPÖVP-Regierung zielgerichtet vermarktet wurde. **FRANZ BREIER** über „weisen Männer“ und anderen Heuchler. Die Ergebnisse des Spektakels: FPÖVP

konnten monatelang ihre Politik des Sozialabbaus hinter dem Vorhang des "Sanktions"-Gejammers verstecken. Und jetzt wurde diese Regierung, die sich in Nichts von der seit Februar unterscheidet, von den politischen Eliten der "EU-14" eine späte, dafür aber umso bedeutendere Reinwaschung beschert. Die "Sanktionen" wurden von denen ausgesprochen, die selbst eine ähnlich rassistische, Privatisierungs- und Sozialabbau-Politik betreiben. Es geht Chirac & Co nicht um Werte oder Moral. Vielmehr ängstigt sie der unkontrollierte Aufstieg der FPÖ: Dieser Aufstieg spiegelt Spannungen und Sprengkraft wider, die in EU-Osterweiterung und EURO-Projekt

stecken. Die FPÖ ist politischer Ausdruck der Teile der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen "Eliten", die im eigenen Interesse EURO etc. ablehnen, in Frage stellen und politisch davon mit Nationalismus und Populismus (à la FPÖ) profitieren. Solche Kräfte sind für die bürgerliche Klasse (noch und größtenteils) unkontrollierbar. Es waren und sind sich diese Herrschenden uneins, ob solcher "Speed" in den Angriffen und Regierungsbeteiligungen von Parteien vom FPÖ-Typ nicht zu stark Gegenwehr und Instabilität provoziert. Die Ereignisse des Februar 2000 haben die "EU-14" eher alarmiert denn erfreut. Die Widerstandsbewegung gegen FPÖVP

verkörpert die selben Inhalte wie Bewegungen in anderen Ländern: Nein zur rechten Bedrohung, zu Rassismus und seinen sozialen Ursachen. Je deutlicher das wird, desto klarer wird auch, dass die "EU-14" die letzten sind, die von Moral reden können. Es geht um Fragen von Politik und Wirtschaft. Kein Chirac und kein "sozialdemokratischer" Repräsentant der "EU-14" hat mit der Summe der Politik von FPÖVP Probleme. Sie machen doch dasselbe. Das wurde mit der Aufhebung der "Sanktionen" von „Weisen“ in Stein gemeißelt. Wir brauchen Sanktionen, aber richtig: Unsere Verbündeten können nicht die Regierungen des Auslands sein, die in

trauter Eintracht Sparpaket um Sparpaket und Zugangsbeschränkung um Zugangsbeschränkung als "europäischen Konsens" einfordern! Ein internationaler gewerkschaftlich organisierter und mit dem ÖGB abgestimmter Boykott und Protest gegen die österreichische Regierung inklusive Warnstreiks und Streiks könnten einen "Sanktionsdruck" erzeugen, der zu mehr führt, als dass Schlüssel ein halbes Jahr in EU-Kreisen die Hand nicht mehr gegeben wird. Das selbe müßte dann mit jeder Sozialabbau- und Rechtsregierung passieren. Das trifft alle "EU-14"! Denn es geht um Klassen-, nicht um nationale Interessen!

Das Leben des Wiener Psychoanalytikers Karl von Motesiczky

Wissenschaftler und Kommunist

Karl von Motesiczky wurde am 25. 5. 1904 als erstes Kind Henriette und Edmund Graf Motesiczkys in Wien geboren. Motesiczkys Kindheit war besonders geprägt durch den frühen Tod des Vaters im Jahre 1909. Nach der Matura studierte er zunächst Cello, ab dem SS 1924 dann Jus an der Universität Wien. Ein kurzer Streifzug durch das Leben Motesiczkys geschildert von CHRISTIANE ROTHLÄNDER.

1928 ging Motesiczky zunächst nach Heidelberg, 1930 dann nach Marburg, wo er Theologie studierte. Er engagierte sich in der sozialistischen Studentenbewegung und geriet erstmals in Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. In diese Zeit fiel auch Motesiczkys erster Kontakt mit dem Kommunismus. 1931 zog er nach Berlin, wo er dem Kommunisten und Psychoanalytiker Wilhelm Reich begegnete. Reich war 1930 nach Berlin gekommen, wo er hoffte, mit seiner gesellschaftspolitischen Arbeit auf fruchtbaren Boden zu stoßen. Als Instrument dafür sollte die Sexpol-Bewegung dienen. Unter Reichs Mitarbeit wurde der Einheitsverband für proletarische

Reich setzte ab 1934 seine sexualpolitische Arbeit in Oslo fort und gründete die Zeitschrift für Politische Psychologie und Sexualökonomie (ZPPS), zu deren Mitarbeitern und Geldgebern Karl von Motesiczky zählte. Ihr Ziel war es, die Untersuchungsmethode des dialektischen Materialismus auf die Sexualökonomie und Massenpsychologie anzuwenden. Motesiczky publizierte zwischen 1934 und 1938 unter verschiedenen Pseudonymen, v. a. unter dem Namen Karl Teschitz, eine Vielzahl von Artikel in der ZPPS und wurde, laut Helmut Dahmer, zum politischen Sprecher der Reich-Gruppe. Er warf der KPD und der KomIntern vor, schwere Fehler begangen und damit die

schistische und jüdischer Freunde Unterschlupf. Im Herbst 1939 beschloss er zusammen mit einigen Freunden (u. a. Ella und Kurt Lingens und Robert Lammer) eine Widerstandsgruppe zu bilden. Gleichzeitig studierte Motesiczky Medizin und ging zu August Aichhorn in Analyse, dem er auch vorschlug, ein psychoanalytisches Seminar abzuhalten, das dann ab 1940 stattfand. Motesiczky wurde als "Mischling I. Grades" nicht gestattet, eine psychotherapeutische Ausbildung zu absolvieren. Als ein Freund Ella Lingens von Krakau aus bat, ihn und seine Freunde in die Schweiz zu bringen, entschlossen sich das Ehepaar Lingens und Motesiczky, ihnen zu helfen. Die Gruppe wurde jedoch verraten. Ella Lingens und Karl von Motesiczky wurden am 16. 2. 1942 ins KZ Auschwitz deportiert. Ella Lingens konnte den Holocaust überleben. Karl von Motesiczky starb am 25. 6. 1943 im Block 19, einem "Häftlingskrankenbau", an Typhus. Das



Das geschändete Grab Motesiczkys in der Hinterbrühl bei Wien.

Sexualreform gegründet, der die deutsche Sexualreformbewegung einigen wollte, um sie auf eine sexualpolitische Plattform mit revolutionärem Inhalt zu stellen. Motesiczky wurde in Berlin Reichs Patient, Schüler und Mitarbeiter. Reich geriet bald in Konflikt mit der KPD, die ihm vorwarf, er wolle die Wirtschaftsdurch Sexualpolitik ersetzen. Im November 1933 wurde Reich aus der KPD ausgeschlossen. Nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland flüchtete er nach Kopenhagen, wohin ihm Motesiczky folgte. Am 17. 4. 1933 ersuchte die Wiener Polizei die Gestapo in Berlin um die Übersendung einer Liste jener österreichischen Kommunisten, die aus Deutschland geflohen waren. Die Liste umfasste 13 Personen und nennt an 12. Stelle Wilhelm Reich, an 13. Karl von Motesiczky.

Niederlage des deutschen Proletariats mitverschuldet zu haben. Diese Fehler sah er vorwiegend in der Beurteilung der SPD und des Faschismus, der Gewerkschaftspolitik und in der Analyse der Lage in Deutschland. 1935 erschien - unter dem Pseudonym Karl Teschitz - „Religionsstreit in Deutschland“ - in seiner Argumentation ganz der Reichschen Sexualökonomie verpflichtet. Darin wird die Psychoanalyse als ihren eigenen revolutionären Grundsätzen untreu und verbürgerlicht kritisiert. In Oslo begann er unter der Supervision Reichs Patienten zu behandeln und beteiligte sich an den ab 1935 von Reich durchgeführten bioelektrischen Experimenten über Sexualität und Angst. Im Winter 1937/38 kehrte Motesiczky nach Österreich zurück. Auf seinem Wohnsitz in der Hinterbrühl fand eine große Zahl antifa-

Anwesen in der Hinterbrühl befindet sich heute im Besitz des SOS Kinderdorfes. Ein Hinweis auf die Ereignisse während des Nationalsozialismus ist aufs Erste nicht zu finden. Ganz abseits der Straße jedoch zwischen drei Nadelbäumen versteckt, ließen Karls Mutter und seine Schwester Marie-Louise von Motesiczky 1961 eine kleine Pyramide für ihn errichten. Am 27. 7. fand ich die Gedenkstätte Karl von Motesiczkys zerstört und mit Hakenkreuzen geschändet vor. Bei meinem nächsten Besuch am 13. 9. war die Gedenktafel zwar erneuert, die Hakenkreuze jedoch nicht entfernt worden. Auf meine Anfrage hin, erklärte die Kinderdorfleiterin, dass die Hakenkreuze wohl noch länger zu sehen sein werden. Man hätte wichtigeres zu tun, als sie entfernen zu lassen ...

Viennale: Politisch verfolgtes US-Kino

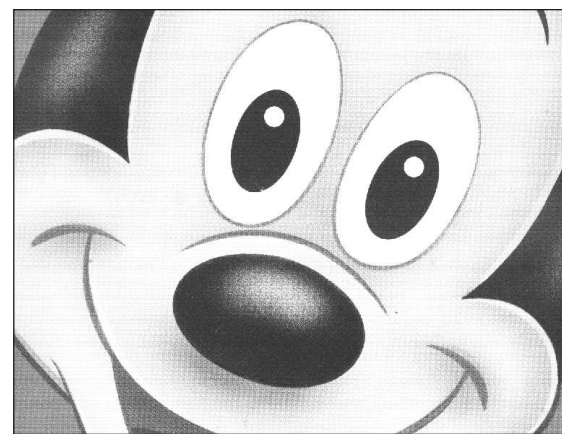
Blacklisted.

"Are you or have you ever been a member of the Communist Party?" lautete die berühmte Frage des "House Committee of Un-American-Activities". Dieses Komitee hatte während der sogenannten McCarthy-Ära die Aufgabe, vermeintliche oder wirkliche "kommunistische Umtriebe" in der Filmbranche, dem damals mit Abstand wichtigsten Segment der US-Kulturindustrie, mit aller Härte zu bekämpfen.

MARTIN BIRKNER
SLP WIEN SÜD

War die Antwort nicht befriedigend, so folgten Geld- und Haft(!)strafen, Berufsverbote, kurz: die Unmöglichkeit, sich in den Staaten künstlerisch und/oder politisch zu betätigen ("duly blacklisted"). Die Sanktionen trafen keineswegs ausschließlich KommunistInnen. Antirassistische Gesinnung, Auftreten für die Gewerkschaftsbewegung oder für die Rechte der Native

Als besondere Empfehlung sei abschließend noch "Salt Of The Earth" von Herbert J. Bibermann (15.10., 19 Uhr bzw. 28.10., 19 Uhr) genannt. Der im Jahr 1954 entstandene, durch Gewerkschaftsgelder finanzierte Film vereinigt die Themen Arbeitskampf/Antirassismus/Frauenbewegung und avancierte so zum Klassiker des linken Kinos. Gespielt wurde er mit einer Ausnahme von LaienschauspielerInnen, genauer: mexikanischen Arbeitern und deren gar nicht rollenkonformen Frauen,



Walt Disney hatte keine Probleme mit McCarthy. Schließlich war er wütender Antikommunist.

Americans, Feminismus, - jede Abweichung von der US-amerikanischen „Kalten-Kriegs-Norm“ wurde geahndet. Den verfolgten linken Filmschaffenden der 40er und 50er Jahre ist die Retrospektive der Viennale 2000 - wohl nicht nur aus historischem Interesse - gewidmet. Die Filme umfassen einen Zeitraum von 40 Jahren (1937-'76) und beleuchten äußerst facettenreich das Schaffen der "Blacklist Victims" und auch deren politische Kämpfe. Der jüngste der 35 Filme, "Hollywood On Trial" von David Halpern Jr. ist eine Dokumentation über die "Hollywood Ten" - zehn Filmschaffende, die dem "House Committee" 1947 die Antwort auf die berühmt-berüchtigte Frage verweigerten. Als "friendly witnesses" (d.h. Denunzianten) kommen hier auch Gary Cooper und der spätere US-Präsident Ronald Reagan zu ihrem Auftritt.

welche einen kurz zuvor tatsächlich stattgefundenen Streik vor der Kamera nachspielen.... Das war wohl gar nicht im Sinne des US-Kino-Bosses Jack L. Warner: "Combining good citizenship with good entertainment". Hingehen!

BLACKLISTED. MOVIES BY THE HOLLYWOOD BLACKLIST VICTIMS

1. - 31. Oktober 2000, Österreichisches Filmmuseum, 1, Augustinerstr. 1

Telefonische Kartenreservierung unter: 01/533 70 54. Mehr Infos unter: www.viennale.at

Das Österreichische Filmmuseum steht nach der Subventionskürzung der blau-schwarzen Regierung vor schweren finanziellen Nöten. Also HINGEHEN!

Keine Abo-Karte mehr?



Du kannst uns auch fernmündlich bzw. fernschriftlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
WIEN-SÜD: Jeden Freitag um 19 Uhr Harlikarnas, 5, Spengerg. 31
WIEN-NORD: Jeden Freitag um 20 Uhr "Ess'n&Trink'n", 20, Jägerstr. 38
GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH: 15.9. Café Paganini, 9., Althansstr.9-11
FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.
JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Veranstaltungen & Aktionen im Oktober

- 9. OKTOBER** "ÖsterReich - ÖsterArm" SLP-GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH
11. OKTOBER "Wie gegen Studiengebühren kämpfen" SLP WIEN MITTE
13. OKTOBER "Die Frauenbewegung - historisch, aktuell und wie stehen wir zur Frauenpartei" SLP WIEN NORD
14. OKTOBER "Perspektiven des Widerstandes gegen SchwarzBlau" mit einleitenden Referaten zu Budgetpolitik; neue Qualität der Bewegung; sowie Arbeitskreisen (u.a. Strukturen der Bewegung, (Neu-)Wahlen, Gewerkschaftlicher Widerstand, Widerstand an Schulen, Kreative Formen des Widerstandes) 10-18.00 IN DER VHS OTTAKRING, 16; LUDO-HARTMANN-PLATZ 7 ORGANISIERT VOM AKTIONSKOMITEE GEGEN BLAU-SCHWARZ
16. OKTOBER "Unser Programm gegen die Regierung - Über Sparlogik und Budget" mit dem SLP-FRAUENSTAMMTISCH gegen blau-schwarz
17. OKTOBER "Der internationale Kampf gegen Studiengebühren - Zahlungsboykott in Britannien, Demos in Frankreich, Streiks in Deutschland" SLP-WIEN WEST
20. OKTOBER "Die deutsche StudentInnenbewegung der 60er Jahre - aus der Geschichte lernen" SLP WIEN SÜD
28. OKTOBER "Offenes Kärnten, Offenes Europa" DEMONSTRATION in Klagenfurt - fahr mit uns hin
7. NOVEMBER "Oktoberrevolution - das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts" anlässlich des 83. Jahrestages SLP WIEN MITTE

Neuigkeiten

aus dem CWI

EUROPA
PROTESTE GEGEN ÖLPREISE

Die steigenden Öl- und Treibstoffpreise führten im September in einer Reihe europäischer Staaten zu weitreichenden Protesten. Diese wurden zwar in vielen Fällen von Unternehmerorganisationen bzw. Kleinunternehmern getragen, fanden aber auch in breiten Schichten der ArbeitnehmerInnen Widerhall. Verschiedene Sektionen des CWI unterstützten die Aktivitäten gegen die explodierenden Heizkosten und Treibstoffpreise. Im Gegensatz zu den Unternehmerorganisationen, die eine Kompensation durch den Staat wollen (und auch teilweise erhielten), forderte die belgische Sektion des CWI z.B., dass der Ausgleich für normale KonsumentInnen durch höhere Besteuerung der Öl-Unternehmen finanziert werden muß. "Es geht nicht an, dass Menschen heuer wieder im Winter erfrieren werden - die Preise müssen gesenkt werden. Wir fordern kostenlosen öffentlichen Verkehr sowie die Vergesellschaftung der Energie-Unternehmen" schreibt „Militant Links“ in einem Flugblatt.

SOZIALISTINNEN GEGEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

Gemeinsam mit anderen war die australische Schwesterorganisation der SLP, Socialist Party, im S11-Bündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Melbourne aktiv. Zehntausende nahmen teil, als der Tagungsort (bezeichneterweise neben Australiens größtem Casino gelegen) blockiert wurde. Die Socialist Party legte ihren Schwerpunkt in die Organisation eines SchülerInnenstreiks und die Mobilisierung der Gewerkschaften, insbesondere der Bergbau- und Energiegewerkschaft CFMEU. Es beteiligten sich über 500 SchülerInnen an der Blockade. Auf Initiative der Socialist Party stellte CFMEU während der Proteste ein Zelt, Ausrüstung und geschulte Mitglieder für den Erste-Hilfe-Dienst zur Verfügung, was sich angesichts der Polizeibrutalität als sehr wichtig herausstellte. Besonders die Demonstration am 12. September, an der sich über 10.000 ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen beteiligten, geht als bisher größte anti-kapitalistische Kundgebung in die australische Geschichte ein.

INTERNATIONAL IM GEDENKEN AN LEO TROTZKI

Zahlreiche Veranstaltungen mit hundert TeilnehmerInnen auf allen Kontinenten wurden in den letzten Wochen von Sektionen des CWI zum Gedenken Leo Trotzki und seiner politischen Ideen veranstaltet. Trotzki's Verdienste in der Russischen Revolution werden heute in der GUS nicht nur von den Mitgliedern des CWI gewürdigt. Sein Kampf gegen den Stalinismus stand besonders bei Veranstaltungen in der Tschechischen Republik im Mittelpunkt, während seine Theorie der „Permanenten Revolution“ heute noch für die Mitglieder der „United Socialist Party“ auf Sri Lanka und des „Democratic Socialist Movement“ in Nigeria zentrale Bedeutung hat. Trotzki's Analyse des Faschismus bildete den Kern der Diskussionen in Ländern wie Schweden und Irland. Das gemeinsame aller Veranstaltungen: Obwohl vor 60 Jahren ermordet, sind die Ideen Trotzki's immer noch aktuell.

Prag: Zerschlagt den IWF

Massenproteste gegen IWF & Weltbank

Im Zuge des G-8 und IWF-Treffens fanden zwischen 23. bzw. 26.09. täglich Demonstrationen in der Prager Innenstadt statt. Obwohl die tschechischen Behörden im Vorfeld versucht hatten, die Bevölkerung einzuschüchtern, war das Interesse an den Themen IWF und Weltbank groß. Beeindruckend war die internationale Mobilisierung. Sie erweckte ein starkes Gefühl der Solidarität. Die Demoslogans waren entsprechend mehrsprachig.

VON DAVID GLÜCK,
SLP WIEN MITTE

Vertreten waren politische Organisationen und Gruppierungen aus unterschiedlichen politischen Zugängen, doch der gemeinsame Gegner IWF und Weltbank vereinte im Auftreten gegen Unterdrückung und Ausbeutung, repräsentiert durch IWF/Weltbank.

„SOCIALNI SKRTY, NEZAMESTNANOST...MAME TOHO DOST!“ – SOZIALABBAU, PRIVATISIERUNG, ...ES REICHT!

Gekoppelt an die Vergabe von Krediten (z.B. der Kredit von 3,9 Mrd. Dollar an die CSFR 1990) werden von I W F / W e l t b a n k Strukturanpassungsprogramme („SAPs“) verlangt, die eine rasche Privatisierung von staatlichen Unternehmen, Einschränkung der Staatsausgaben, Kürzungen bei Sozialleistungen etc. fordern. Diese „SAPs“ bewirkten in der tschechischen Republik ein Ansteigen der Arbeitslosenrate von 2-3% im Jahre 1996 auf landesweit 9,5%. Die Politik von IWF/Weltbank hat die besten

Möglichkeiten für das Kapital zum Ziel, und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Kein Wunder also, wenn die Medien über die Zerstörung von Mc Donalds-Auslagen Schlagzeilen schreiben, den Selbstmord eines Arbeitslosen am Tag des G-8 Treffens aber nur knapp erwähnen.

„HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!“

Aber die Einschüchterungsversuche der tschechischen Behörden hatten keine Wirkung: SchülerInnen wurden in der Woche, in der der Gipfel stattfand, auf Schullandwochen geschickt, PensionistInnen erhielten eine Sonderzahlung, um Prag zu verlassen, die Medienberichterstattung erweckte den Eindruck, als wenn in Prag Bürgerkrieg herrschen würde. Tschechische ArbeiterInnen nutzten die Mittagspause, um bei den Infotischen vorbeizuschauen, unsere tschechische Schwesterorganisation „Socialistische Alternativy Budoucnost“ konnte beim Zeitungs- und Broschürenverkauf einen vollen Erfolg verbuchen. Obwohl sich die ältere Bevölkerung nicht sehr stark an den Demonstrationen beteiligt hat (aufgrund



SLP-Transparent bei DEMO gegen den IWF in Prag.

der fehlenden Mobilisierung der KP und der Gewerkschaften, und aufgrund der Tatsache, dass die Demonstrationen während der Arbeitszeit stattfanden), waren sie als das erste grössere Ereignis dieser Art in Osteuropa ein Erfolg. Erwähnenswert ist der Umstand, dass vor allem tschechische DemonstrantInnen von der Polizei verfolgt wurden. (Von 500 Verhafteten waren 400 TschechInnen, Personalien wurden v.a. von TschechInnen aufgenommen, nicht aber von vermeintlichen „Demo-TouristInnen“).

„SMASH THE IMF TODAY – SOCIALISM IS THE WAY!“ HEUTE DEN IWF ZERSCHLAGEN – DIE ANTWORT IST SOZIALISMUS!

Das Ziel kann aber nicht eine „Demokratisierung“ von IWF/Weltbank

sein, sondern letztlich ist aufgrund ihrer Rolle eine vollständige Zerschlagung ebenso vonnöten wie die Nichtbezahlung der Schulden seitens der kreditnehmenden Länder. Prag war wegen der internationalen Mobilisierung (aus unserer Internationale CWI kamen GenossInnen aus 7 verschiedenen Ländern) und dem guten Kontakt zur tschechischen Bevölkerung insgesamt ein großartiges Erlebnis. Ein Demospruch hat aber auch deutlich gemacht, dass Demonstrationen allein keine längerfristigen Veränderungen herbeiführen, sondern daß eine aktive Organisation von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen unumgänglich ist: „Unite and fight“ (Schließt Euch zusammen und kämpft).

Broschüre: Warum den IWF zerschlagen?

Sieg der Opposition - Eine Chance für serbiens Massen?

Das Ende Jugoslawiens?

Noch Anfang der 90er sahen viele Menschen in Serbien und Montenegro Milosevic und seine SPS als kleineres Übel zur westlich orientierten Opposition. So gewann die SPS die Wahlen 1990 und 1992. Jetzt hat sich das Blatt gewendet: „Hauptsache Wechsel - egal wohin“ scheint das Motto vieler Menschen zu sein.

MICHAEL GEHMACHER
SLP WIEN-WEST

Trotz des momentanen Sieges der Opposition, darf nicht vergessen werden, wie unbeliebt die westlich orientierte Opposition bei weiten Teilen der Bevölkerung ist. Der Angriffskrieg der NATO ist noch lange nicht vergessen. Der Wunsch nach einem Wechsel ist ein Resultat der wirtschaftlichen Lage. Die Wirtschaftsleistung von Serbien und Montenegro ist zwischen 1990 und 1998 um 50% gesunken. Die 78 Bombentage der NATO taten ihr übriges: Energiesysteme, Infrastruktur, und Industriebetriebe wurden zerstört; die Wirtschaftsleistung sank erneut um 50%. Der monatliche Durchschnittslohn jener Minderheit, die noch eine Arbeit hat, beträgt ca. 60 Dollar.

DER 24.9. BESCHLEUNIGT DEN ZERFALL JUGOSLAWIENS

In Montenegro wurden die Wahlen weitgehend boykottiert, im Kosovo beteiligte sich nur mehr die serbische Minderheit. Die kommenden von der UNO organisierten Wahlen, werden einen Sieg der albanischen Nationalisten bringen.. Die pro westliche Führung in Montenegro rund um Milo Djukanovic wird früher oder später versuchen eigene Parlamentswahlen abzuhalten oder sich die Unabhängigkeit durch eine Volksabstimmung zu sichern. In der Vojvodina wird

es zu verstärkten Autonomie - Bestrebungen kommen. In „Rest-Serbien“ sind 2 Entwicklungen möglich Das bestehende Kartell mit seiner Koalition aus SPS, YUL und der „Serbischen Radikalen Partei“ rund um Vojislav Seselj gibt seine Macht nicht freiwillig her, sondern leistet militärischen Widerstand. Dahinter stehen Unternehmer, Direktoren ehemalige Staatsbetriebe und „Kriegs- und Embargogewinnler“. Dazu kommen noch Teile der Armee und der serbischen Polizei. Gegen diese militärische Variante spricht aber, die Tatsache, dass sich diese Clique untereinander uneinig ist. Die wahrscheinlichere Variante ist ein „friedlicher“ Übergang zu einer komplett pro westlichen Führung. Die Ankündigung einer Stichwahl zwischen Milosevic und Kostunica, seitens der staatlichen Wahlbehörde, deutet diesen taktischen Rückzug bereits an.

WELCHE OPPOSITION BRAUCHT ES?

Stand die alte Führung für eine kapitalistische Öffnung unter der Beteiligung einer staatlichen Elite, wird die neue Führung eine vollkommene Öffnung des serbischen Marktes, und der Industrie bringen. Ähnlich wie das bereits in Montenegro durch die Einführung der D-Mark als defakto Währung begonnen hat. Auch wenn, Kostunica selbst, nicht Mitglied der „Demokratischen Partei“ (DP) ist, der Kern des



Seine letzte (Wahl-)Schlacht?

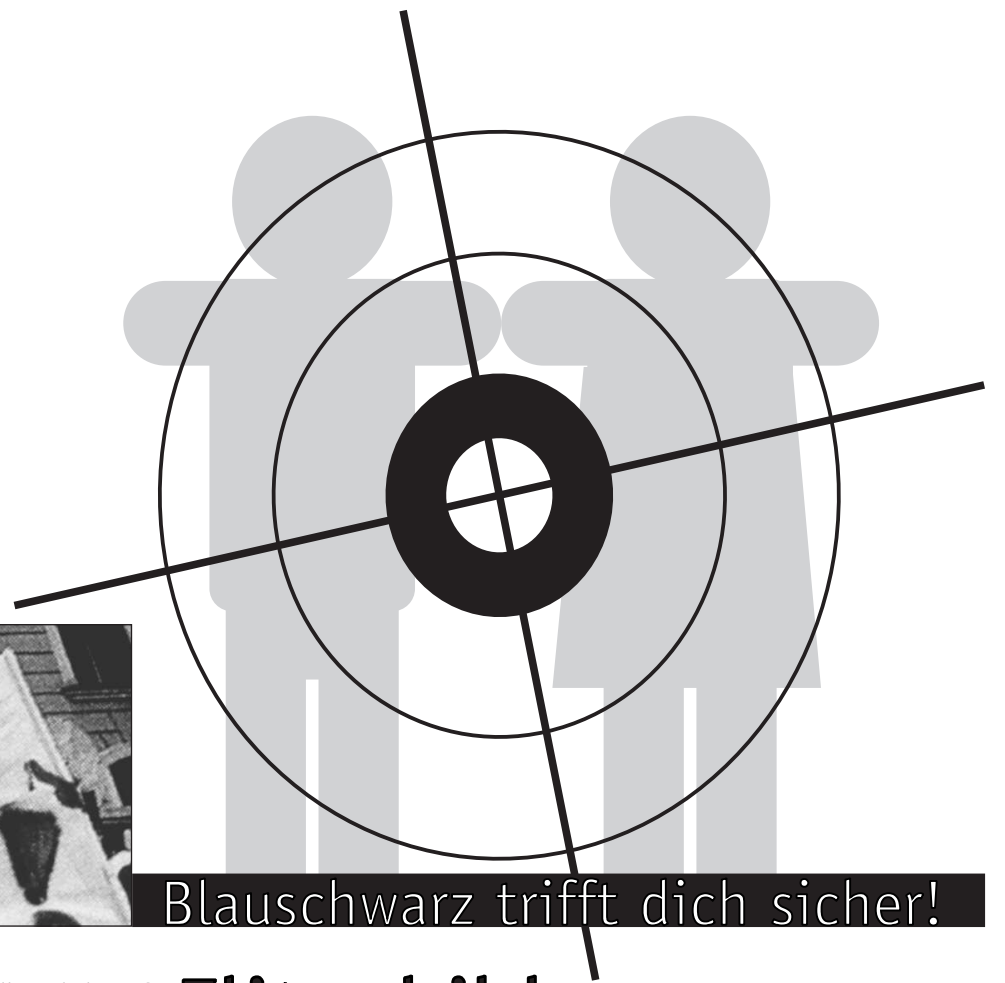
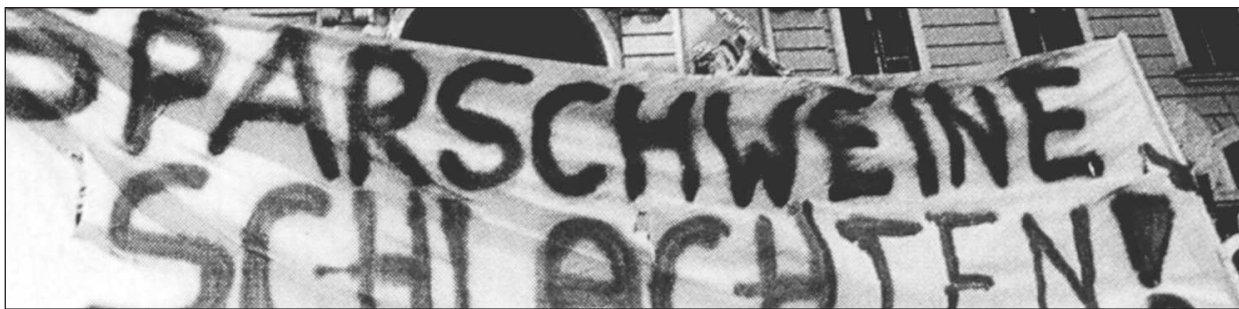
Oppositionsbündnisses wird von ihr gebildet. Schließlich ist die zentrale Leitfigur der „DP“, Zoran Djindjic, auch zentraler Wahlkampforganisator der „Opposition“. Die DP bekennt sich offen zur finanziellen Unterstützung durch den Westen; gute Beziehungen gibt es zur „Europäischen demokratischen Union“ - EDU (konservative Internationale). Die Geldgeber betrachten ihr Geld aber nicht als Spenden, sondern als langfristige Investitionen, die sich einmal rechnen müssen. Diese Rechnung wird von der serbischen Bevölkerung durch eine beharrten Privatisierungskurs bezahlt werden.

WIRKLICHER WIDERSTAND

Wirklicher Widerstand gegen die Armut, die kommenden Privatisierungen, aber auch gegen Nationalismus und die Unterdrückung nationaler Minderheiten,

kann nur von einer neuen, linken ArbeiterInnenpartei kommen. Einer Partei die weder mit dem alten Kartell verhaftet ist, noch Ausverkauf an den Westen betreibt. Ende der 80er Anfang der 90er gab es in ganz Jugoslawien große Streikbewegungen. Viele Gewerkschaften, die damals entstanden, verstanden sich als unabhängig gegenüber dem Staat und dem Westen. Diese Strömungen sind im nationalistischen Wahn der Bürgerkriege untergegangen. Der Aufbau einer neuen Bewegung wird ein zäher Prozeß sein. In ganz Ex-Jugoslawien macht die ArbeiterInnenklasse ihre Erfahrungen mit dem Kapitalismus. Nur ein Wiederaufleben der großartigen Traditionen der jugoslawischen ArbeiterInnenbewegung garantiert einen Kampf für sozialen Fortschritt und echte Demokratie. Je früher dieses Aufleben

Studiengebühren: Bezahlt wird nicht!



Blauschwarz trifft dich sicher!

Mit der Einführung von 5.000 Schilling Studiengebühren pro Semester trägt die Regierung den freien Hochschulzugang endgültig zu Grabe. Eine erste Welle von Protesten erstreckt sich seitdem über die Universitätsstädte. Und das, obwohl der Universitätsbetrieb noch gar nicht begonnen hat.

FLORENTIN DÖLLER
SLP WIEN SÜD

Noch vor wenigen Wochen wurde von Blauschwarz hoch und heilig versprochen, dass Studiengebühren zur Zeit nicht zur Diskussion stünden. Die von der ÖVP-nahen AG regierte ÖH (Österr. HochschülerInnenschaft) weiss jetzt nichts anderes zu tun, als den Wortbruch diverser blauschwarzer PolitikerInnen zu beklagen. Was wir von dieser Regierung zu halten und zu glauben haben, wußten wir aber bereits vorher – nämlich nichts und dazu hätte es keine Studiengebühren gebraucht!

Auch ohne Studiengebühren haben Blauschwarz seit längerem schon kräftig an einem "Alternativkonzept" gebastelt: "Vollautonomie der Universitäten" war und ist auch noch immer das Schlagwort, mit dem sich der Staat um die Verantwortung der Hochschulbildung herumdrücken könnte. Die Unis und Hochschulen würden mehr oder weniger privatisiert und die Finanzierung müsste dann entweder über Sponsoren oder Studiengebühren erfolgen. Besonders interessant ist das "Sponsoring" für

Firmen, die sich über diesen Weg genau die MitarbeiterInnen ausbilden lassen, die sie gerade brauchen. Offen bleibt die Frage, wie das bei Studiengängen wie z.B. den Geisteswissenschaften vermarktet wird. Damit bekommt der uralte-Witz, dass „Dr. Marlboro herausgefunden hat, dass Rauchen nicht gesundheitsschädlich sei“, neue Aktualität. Wer zahlt, der bestimmt die Lehrinhalte.

Hinter den Studiengebühren steckt mehr als der Gedanke der "Budgetkonsolidierung". Sie sind Teil eines bildungspolitischen Konzepts, ein Schritt in Richtung Elitenbildung. Deswegen brauchen wir eine langfristige Perspektive. Ein Ziel muß z.B. der Aufbau einer echten Interessensvertretung der StudentInnen sein, die für aktiven Kampf gegen diese Regierung und die damit verbundenen Kürzungen steht. Es gilt, kollektiven Widerstand zu organisieren. StudentInnenproteste waren oft die Initialzündung für weitreichende Proteste und Bewegungen. In Frankreich 1968 kam es von StudentInnenprotesten ausgehend zum Generalstreik und in Indonesien konnte das korrupte "Suharto-Regime" gestürzt werden.

Aber was tun, wenn Studiengebühren Tatsache geworden sind? In England läuft unter dem Motto "Can't pay, won't pay" eine Kampagne für freien und gleichen Bildungszugang. Durch organisiertes Nichtbezahlen sollen die Studiengebühren zu Fall gebracht werden. An den Unis haben sich Aktionskomitees gebildet, um Demonstrationen und Informations-Treffen zu organisieren. Wenn StudentInnen vom Ausschluss bedroht waren, wurden Besetzungen organisiert. Nach dem ersten Jahr der Kampagne haben bereits 10% der StudentInnen keine Studiengebühren mehr gezahlt. Dieses Nichtzahlen von Studiengebühren ist eine Methode zur Bekämpfung von Gebühren und Massensteuern. In England wird hier auf eine positive Tradition zurückgegriffen. So wurde schon vor Jahren die sogenannte Poll-Tax durch organisiertes Nichtbezahlen zu Fall gebracht. Hier hatten sich zunächst wenige an der Kampagne beteiligt. Im Laufe der Jahre wuchs der Anteil der "Non-Payers" auf 90%. Die langfristige Perspektive muss also sein, den Kampf der StudentInnen mit dem der ArbeiterInnen gegen diese Regierung zu verbinden! Und Streiken ist für alle gutes Recht!

Elitenbildung

Nach den EisenbahnerInnen, Beamten, Arbeitslosen und SaisonarbeiterInnen hat die Regierung nun den SchülerInnen und StudentInnen den Kampf angesagt. In dieser Auseinandersetzung um den freien Hochschulzugang geht es aber um viel mehr als nur ums Geld.

IRENE MÜLLER
SLP WIEN SÜD

Denn bei der Frage, ob das Studium kostenlos sein soll, (ganz abgesehen von so Kleinigkeiten wie Lebenserhaltungskosten oder Bücherkauf) spielen zuletzt auch ideologische Überlegungen eine wesentliche Rolle. Nicht umsonst steht im Bildungsprogramm der FPÖ: "Freiheitliche Bildungspolitik bekennt sich ausdrücklich zum Leistungsprinzip und zu Bildungseliten ...". Das verfolgte Ziel hinter dieser neuen Maßnahme ist offensichtlich: eine kleine Bildungselite, die sich gute Bildung leisten kann, und eine große Schicht von Menschen ohne Bildungszugang. Um dieses Ziel zu erreichen, soll schon früh damit begonnen werden, "die Elite" von der breiten Masse zu trennen. Schon vor Jahren sind Verschlechterungsmaßnahmen im Bildungsbereich getroffen worden. Jetzt steht erneuter Bildungsabbau auf Kosten sozial Benachteiligter in Diskussion. So

war schon von einer völligen Abschaffung der Gratisschulbuchaktion, einer Erhöhung der KlassenschülerInnenhöchstzahl und sogar von Aufnahmeprüfungen für Gymnasien die Rede.

An der Sir-Karl-Popper-Schule am Wiedner Gürtel werden neben einer sehr guten Betreuung der SchülerInnen moderne (und ausreichende) Lehrmittel (PCs, Fernseher,...) geboten. Doch diese Privilegien sind nur wenigen SchülerInnen vorbehalten. Die Begründung für den "Bedarf" einer solchen Schule ist die, dass "besonders intelligente" SchülerInnen eben spezielle Förderung brauchen, da sie sich im normalen Unterricht langweilen. Tatsache ist aber, dass weit mehr SchülerInnen wegen schlechter Lernbedingungen (z.B. wegen zu hoher KlassenschülerInnenhöchstzahl, gestresste LehrerInnen, zu wenig Lehrmittel, usw.) die Lust am Lernen verlieren. Gute Bildung darf nicht länger Glücksache bleiben, und schon gar nicht Geldsache werden!

Die Sozialistische Linkspartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf

und Familie.

- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen

- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.